

Agentur Fitch aus jenem Jahr. Diese hatte geprüft, ob Banken ihre Zahlungsverpflichtungen aus Kunden- oder Fremdkapital refinanzieren können. Von 42 Banken schnitt die Sachsen LB am schlechtesten ab – dicht gefolgt von der deutschen IKB, die ebenfalls nur durch eine milliarden schwere Rettungsaktion vor der Pleite bewahrt wurde.

Bis heute schlummern toxische Papiere der Sachsen LB in einer speziellen Gesellschaft, der „Sealink Funding Limited“. Die Verluste werden mit 19,2 Millionen Euro angegeben. 396 ABS-Papiere sind noch da, sie haben theoretisch einen Wert von fast elf Milliarden Euro.

Nach Schätzungen von Wirtschaftsprüfern liegt das Ausfallrisiko im Moment zwischen 0,9 und 3,2 Milliarden Euro. Das ist der eigentliche Preis für das Roulette von Leipzig, zahlbar vom sächsischen Steuerzahler. Es ist der Stachel im Fleisch der dauerregierenden CDU, die sich damit um ihren Ruf als finanzpolitischer Musterknabe gebracht hat. Und es erklärt die Millionenforderung gegenüber den Bankern, die für Anwalt Björn Gercke, der einen Ex-Vorstand vertritt, „reinen Alibi-Charakter“

hat. Zum Vergleich: Der Schmiergeldskandal bei Siemens richtete rund zwei Milliarden Euro Schaden an und kostete Ex-Konzernchef Heinrich von Pierer fünf Millionen Euro.

Doch trifft die Schuld am Desaster der Sachsen-Bank allein die letzten Vorstände? Waren die honorigen Kontrolleure der Bank tatsächlich ahnungslos, welch gigantisches Rad die Provinzbank da drehte und wie sie über Jahre hinweg ihr Geld verdiente? Jurist Gercke hat da seine Zweifel: „Im Vorfeld der Krise wurde gerade das jetzt kritisierte Engagement der Sachsen LB von den Verantwortlichen der sächsischen Politik gelobt und gefeiert.“ Umso mehr überraschte es, „dass gegen den Verwaltungsrat, der direkt oder über den Kreditausschuss über alle wesentlichen Schritte informiert wurde, keine Klagen eingereicht werden“.

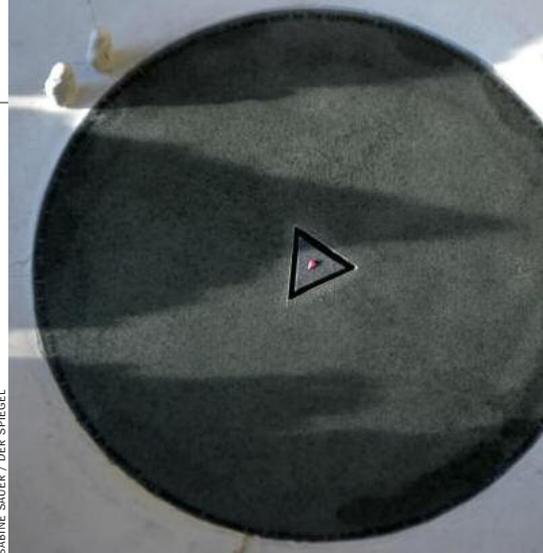
Dabei hatte der sächsische Rechnungshof das 20-köpfige Aufsichtsgremium harsch kritisiert. Einige Räte hätten „die mit diesem Amt übernommenen Aufgaben nur ungenügend“ wahrgenommen. Es gibt die Geschichte einer einstigen Staatssekretärin, die im Kreditausschuss der Sachsen LB von 2002 bis 2004 bei 16 von 24 Sitzungen fehlte.

Dem Kreditausschuss, dem auch Verwaltungsräte angehörten und der regelmäßig Millionengeschäfte abnickte, warf der Rechnungshof vor, „keine Maßnahmen zur Begrenzung der potentiellen Risikolage ergriffen“ zu haben. Aus Sicht der Prüfer ein Verstoß gegen die Sorgfaltspflicht. Süffisant erinnerten die Beamten an jenen fünftägigen Ausflug des Kreditausschusses an den Bankenplatz Dublin, der vor allem dem Sightseeing gedient habe. „Die eigentliche KA-Sitzung hat am Abreisetag stattgefunden und rund zwei Stunden gedauert.“

Der sächsische Finanzminister Georg Unland (CDU) gibt sich zurückhaltend. Zwar seien zumindest sechs Mitglieder des Kreditausschusses „ihren Pflichten nicht ausreichend nachgekommen“. Auch hätte die prüfende Kanzlei Klagen empfohlen. Doch den hohen Kosten der Verfahren stehe „keine reale Aussicht“ auf Eintreibung der Ansprüche entgegen.

Stattdessen will der Freistaat zunächst versuchen, die Manager-Haftpflicht der Bankvorstände zur Übernahme der Millionenforderung zu bewegen – was ein Treppenwitz der Geschichte wäre. Denn die Risiken der Banker hat die American International Group versichert, unter der Abkürzung AIG bekannt und berüchtigt. Während der Bankenkrise hat der Konzern innerhalb von 18 Monaten mit fast hundert Milliarden Dollar einen der größten Verluste der Wirtschaftsgeschichte hingelegt. Die Firma musste von der US-Regierung schließlich mit mehr als 180 Milliarden Dollar gestützt werden.

STEFFEN WINTER



SABINE SAUER / DER SPIEGEL

Modell des Sinti-und-Roma-Denkmal, Partner Rose,

GEDENKEN

Giftige Schriftsätze

In Berlin wird ein Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma gebaut. Doch Künstler und Auftraggeber streiten erbittert über Qualität und Kosten.

Am Nikolaustag fand der Kulturstatsminister im Kanzleramt, Bernd Neumann, in seiner Post eine unangenehme Überraschung vor. Es war ein Schreiben aus Israel, und es geizte nicht mit Worten der Empörung wie „Schande“, „Glaubwürdigkeit“ oder „Scheideweg“.

Die Protestnote galt Neumann, 68, in seiner Funktion als Gedenkward der Nation. Wird ein Mahnmal für Opfer der Nazi-Diktatur errichtet, ist der Unionsmann als Bauherr am Zug. Ein Job, bei dem eine sensible Hand vonnöten ist: Schließlich geht es um den Platz der Opfer in der Geschichte und den Stellenwert der Opferverbände in der Gegenwart. Fast immer wird hart und hoch emotional gekämpft, mitunter bis zum Tag der Einweihung.

Diesmal geht es um das Denkmal für die etwa 500 000 in Europa ermordeten Sinti und Roma, das unweit des Reichstages errichtet wird. Der israelische Künstler Dani Karavan, 80, und der Auftraggeber streiten seit Monaten, anfangs um Baustoffe und Spesen, inzwischen aber ums Grundsätzliche. Der Künstler fürchtet um die „Heiligkeit“ seines Werkes und droht mit seinem Ausstieg. Das Projekt steht auf der Kippe.

Ein kompliziertes Unterfangen war es von Beginn an. 1992 versprach die Bundesregierung den Sinti und Roma eine eigene Gedenkstätte, weil das Holocaust-Mahnmal an die Vernichtung der Juden

Der Zusammenbruch der Sachsen LB

10. August 2007

„Die Sachsen LB verfügt über ausreichende Liquidität.“

Mitteilung der Sachsen LB über die Risiken ihrer Zweckgesellschaften

17. August 2007

„Ein Pool der Sparkassen-Finanzgruppe hat eine Kreditlinie von 17,3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und so die Liquidität ... gesichert.“

Mitteilung der Sachsen LB

23. August 2007

Der für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstand **Stefan Leusder** verlässt die Bank.

26. August 2007

Die LBBW soll die Sachsen LB 2008 übernehmen. Im Dezember kommt eine Einigung erst nach einem Ultimatum der BaFin und einer Bürgschaft des Freistaats Sachsen über 2,75 Mrd. Euro zustande.

30. August 2007

Nach der Abberufung zweier weiterer Vorstände kündigt auch der Vorstandsvorsitzende **Herbert Süß** seinen Rücktritt an.

31. August 2007

Auch Sachsens Finanzminister **Horst Metz** zieht die Konsequenz aus dem Desaster und erklärt seinen Rücktritt.

DER SPIEGEL



FOTOS: GERO BREIDER / PICTURE-ALLIANCE / DPA



Neumann, Karavan*, Baustelle am Reichstag: „Wie viel Abweichung vom Perfekten muss der Künstler dulden?“

erinnern sollte und anderen Opfergruppen weitere Erinnerungstätten in Aussicht gestellt wurden.

Ansprechpartner für die Regierung ist in diesem Fall der Sinti-und-Roma-Zentralrat. Der Vorsitzende, Romani Rose, brachte den Israeli Karavan ins Spiel, einen eigenwilligen, aber durchaus geschätzten Künstler. Dessen Entwurf für ein Denkmal, eine Wasserschale mit einer Stele, Durchmesser zwölf Meter, wurde ohne Ausschreibung akzeptiert. Sinti, Roma, Historiker und Regierung diskutierten allerdings heftig, wie eine Inschrift zu Ehren der Opfer lauten soll. Während der Bundesrat 2009 der Verfolgung gedachte, registrierte die Polizei Handgreiflichkeiten zwischen verschiedenen Opfergruppen auf der Bundesratstoilette.

Mittlerweile wird gebaut. Rund zwei Millionen Euro will der Bund ausgeben, und wer das übersichtliche Brunnen-Arrangement betrachtet, könnte das für eine solide finanzielle Ausstattung halten.

Doch weit gefehlt: Der Anwalt Peter Raue, ein einflussreicher Kunstkenner und Freund langer Schriftsätze, hat die juristische Vertretung Karavans übernom-

men. „Wie viel Abweichung vom Perfekten muss der Künstler eigentlich dulden?“, fragt Raue und wirft den Berliner Behörden vor, sie seien „bürokratisch und misstrauisch“. So könnten keine Kunstwerke entstehen. Das hat er den Behörden schriftlich mitgeteilt.

Gestritten wird, als würde ein zweiter Eiffelturm errichtet. Ist der verbaute Stahl wirklich rostfrei, und „kann die Rostfreiheit garantiert“ werden? Erscheint das Wasser in der Schale so dunkel, wie es der Künstler wünscht? Und wer überwacht die beauftragte Firma?

Anwalt Raue klagte über „Geheimaktionen“ der Stadt, weil es Beamte gewagt hatten, ohne Karavan oder dessen Vertreter die Baustelle zu besichtigen. Selbst um Schweißnähte wurde gefeilscht oder darum, wann frisch angelieferte Segmente ausgepackt werden dürfen und wer daran schuld ist, wenn sie danach Rost ansetzen. „Unakzeptable Unebenheiten“, monierte Karavan einmal an der Schale. Um ein Haar hätte er den Bau schon gerichtlich stoppen lassen.

In giftigen Schriftsätzen schieben sich beide Seiten nun die Verantwortung für Verzögerungen zu. Karavans Sonderwünsche, so Berlins Verwaltung, hätten das Vorhaben um zwei Jahre in die Länge gezogen, „mindestens“. Raue hält den

städtischen Bürokraten dagegen vor, „unhöflich und destruktiv“ zu sein, und schließt ein „Scheitern des Projekts“ nicht aus: „Der Künstler wird seinen Namen zurückziehen, wenn die Arbeit seinen Vorgaben nicht entsprechend ausgeführt wird.“

Im Kanzleramt ist man derweil die ganze Sache leid. Zudem vermuten die Beamten hinter den „permanenten Änderungswünschen des Künstlers“ inzwischen System – einen Weg, um am Ende womöglich mehr Honorar fordern und höhere Spesen abrechnen zu können. Vereinbart waren mit Karavan pauschale Reisekostenvergütungen, zehnmal sollte der Israeli zu Besprechungen und Ortsterminen einfliegen. Doch dann machte er höhere Kosten geltend, für einzelne Flugtickets nach Berlin oder einmal für den Besuch der Philharmonie samt Bewirtung von Gästen. „Keinesfalls erstattungsfähig“, urteilten die Beamten.

Aber wie kommt man überhaupt preiswert in die deutsche Hauptstadt? Mit El Al oder doch Lufthansa? Und darf der alte Herr Business fliegen? Anwalt Raue und die Berliner Verwaltung tauschen nunmehr in herzlicher Abneigung Noten aus, erst über Lötunkte und Messprotokolle, inzwischen auch über die günstigsten Flugtickets. Niemals habe sein Mandant falsch abgerechnet. Weil alles so lange dauert, will Raue aber tatsächlich ein höheres Honorar für den Künstler aus Israel durchsetzen.

Staatsminister Neumann ist um Ruhe bemüht, diskret versucht er, die erregten Gemüter zu besänftigen. Er will das Werk zu Ende bringen, natürlich „möglichst im Einverständnis mit dem Künstler“, wie er betont. Neumann sieht sich als Schlichter herausgefordert.

Der geplante Einweihungstermin, der 28. Oktober, ist ohnehin längst verstrichen, natürlich nicht ohne Zank über einen neuen Termin. Nun wird der kommende Mai vage angepeilt. Ob das klappen wird?

Vorerst ruht die Bautätigkeit. Beide Seiten warten auf Tauwetter. **STEFAN BERG**

* Am 19. Dezember 2008 während einer Gedenkstunde auf der Baustelle des Denkmals.



GALERIE BILDERWELT

Deportation von Sinti und Roma 1940: Suche nach dem Platz in der Geschichte